r. 200. XXXII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Dienstag, 21. April 1903.

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

## Deutschland und Kanada.

Im Herbste v. J. wurden auf Veranlassung der Reichsegierung von den obersten Landeszollbehörden Anordnungen etroffen, um zu verhindern, daß Getreide kanadischen Ursprungs von Häfen der Vereinigten Staaten aus unter Verheimlichung seiner Herkunft zu den Sätzen des Vertragstarifs n Deutschland eingeführt würde. Schon einige Monate rüher war aus den Kreisen des Berliner Getreidehandels die Newyorker Getreidebörse ersucht worden, der Vermischung von Getreide aus dem Gebiete der Union mit kanadischem Getreide entgegenzutreten; der Vorstand der Newyorker Getreidebörse hatte sich sofort bereit erklärt, dem Ersuchen zu entsprechen, ohne daß er damit bei allen Firmen Erfolg gehabt hätte. Die Anordnungen der Zollbehörden, insbesondere die der Generalzolldirektion in Hamburg, die im Februar d. J. durch den Grafen Posadowsky im Reichstage erläutert und verteidigt wurden, riefen in Kanada große Erregung hervor. Wenn auch von einigen Seiten, insbesondere von der Kaufmannschaft von Toronto, zum Einlenken geraten und die kanadische Regierung ersucht wurde, auf die Wiederherstellung der früheren handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland Bedacht zu nehmen, so wurde von anderen um so lauter die Rede des Finanzministers Fielding bei der Einbringung des Budgets im kanadischen Parlamente erfahren hat, mit der deutschen Regierung Verhandlungen an, um Deutschland zu einer „billigen Behandlung" der kanadischen Erzeugnisse zu veranlassen. Kanada hat bekanntlich 1897 für die Waren englischer Herkunft einen Zollnachlaß von 12½ Prozent eingeführt. Da dies dem deutsch-englischen Handelsvertrag, der auch für die englischen Kolonien galt, widersprach, so mußte Kanada auf die Vorstellungen Deutschlands zwar die Bevorzugung der englischen Einfuhr einige Monate später wieder aufhören lassen, die englische Regierung kündigte aber den Handelsvertrag mit Deutschland und gab so Kanada die Möglichkeit, nach Ablauf des Vertrages am 30. September 1898 Vorzugszölle für englische Waren einzuführen. Es wurde diesen darauf ein Zollnachlaß von 25 Prozent und zwei Jahre später ein solcher von 33⅓ Prozent bewilligt. Deutschland entzog darauf selbstverständlich den kanadischen Erzeugnissen die Meistbegünstigung, während die handelspolitischen Beziehungen zu England und dessen sonstigen Kolonien durch provisorische Abmachungen auf der früheren Grundlage aufrechterhalten wurden.

Die Erwartungen, die man in Kanada hegte, erfüllten sich nicht. Die Einfuhr aus Deutschland stieg von 5½ Millionen Dollars im Etatsjahre 1897/98 auf 7 Millionen Dollars im Jahre 1900/01, während die Ausfuhr nach Deutschland sank. In den ersten vier Monaten des Etatsjahres 1902/3 führte Deutschland schon für fast 4½ Millionen Dollars ein, während die Ausfuhr nach Deutschland noch nicht einmal eine halbe Million Dollars betrug. Die Ausfuhr von Kanada nach England hat sich von 1897/98 (mit 93 Millionen Dollars) bis 1900/01 (mit 92,8 Millionen Dollars) nicht vermehrt, im laufenden Etatsjahr scheint sie allerdings größer zu sein. Die deutschen Waren aus Kanada auszuschließen, ist demnach nicht gelungen, wohl aber ist die Ausfuhr nach Deutschland zurückgegangen. Wenn Kanada seinen Waren den deutschen Markt wieder ganz eröffnen will, so bleibt ihm nur ein Weg: es muß das Vorzugsrecht Englands beseitigen, also deutsche Waren unter denselben Bedingungen zulassen wie solche englischer Herkunft. Die Wiedergewährung des Meistbegünstigungsrechts hat Kanada in den Verhandlungen mit Deutschland nicht angeboten, die letzteren konnten daher nur ergebnislos verlaufen. Worauf sich eine andere Auffassung der kanadischen Regierung stützte, ist unverständlich.

Jetzt will die kanadische Regierung versuchen, Deutschland zum Entgegenkommen zu zwingen. Sie will einen **Zuschlagszoll***) von einem Drittel der Zollsätze ihres Tarifs allen deutschen Waren auferlegen und außerdem eine Reihe von Zollsätzen erhöhen oder neu einführen, um auch dadurch Deutschland zu treffen. Der Zuschlagszoll ist am 17. d. M. schon vorläufig in Kraft getreten; endgültig kann er erst eingeführt werden, wenn das Parlament ihn genehmigt haben wird. Deutschland wird nunmehr auch schärfere Maßregeln treffen, und so wird der nächste Erfolg sein, daß zwischen beiden Ländern ein regelrechter **Zollkrieg** entsteht, der keinem von beiden Vorteil bringen wird. Ob die kanadische Regierung dabei auf eigene Faust vorgegangen oder von der englischen zu ihren Maßregeln veranlaßt worden ist, kann man noch nicht entscheiden; unwahrscheinlich ist es allerdings nicht, daß die englische Regierung, insbesondere Herr Chamberlain, dabei die Hand im Spiele hat. Ist letzteres der Fall, so würde es die Neugestaltung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und England, die vorläufig nur bis zum 31. Dezember d. J. geregelt sind, sicherlich erschweren. Diese Aussicht erfreut unsere Agrarier nicht wenig, wie die Besprechung der kanadischen Maßregeln in ihrer Presse beweist. In der Beurteilung des Vorgehens der kanadischen Regierung kann es freilich in Deutschland nur eine Stimme geben, es ist eine durch nichts gerechtfertigte Provokation Deutschlands.

*) Wir haben auf die Angelegenheit in unserer Handelszeitung bereits mehrfach hingewiesen.

* * *

Wie wir hören, wird noch einige Zeit vergehen, bis deutscherseits bestimmte Entschlüsse als Antwort auf die zollpolitischen Maßregeln Kanadas gefaßt sein können. Dies erklärt sich daraus, daß weder das Auswärtige Amt, noch das Reichsamt des Innern allein in der Angelegenheit entscheiden können. Vielmehr haben sich auch noch andere amtliche Stellen dazu zu äußern. Ferner ist beabsichtigt, auch Interessentenkreise gutachtlich über die Frage zu hören.

* * *

**London**, 21. April. (Bureau Laffan.) Der deutsche Konsul in Montreal (Kanada) Bopp äußerte sich dem Berichterstatter der „Daily Mail" gegenüber in scharfen Worten gegen die von Kanada eingeführten Zuschlagszölle auf deutsche Importe. Der Konsul sagte, er habe niemals erklärt, daß Deutschland nicht weiter mit Kanada verhandeln wolle. Die Verhandlungen seien niemals abgebrochen worden. Er habe der kanadischen Regierung im November v. J. mitgeteilt, daß ein neues Tarifgesetz dem Reichstage vorliege, und vor dessen Erledigung kein Vertrag abgeschlossen werden könne. Kanada habe seitdem niemals gefragt, ob Deutschland bereit sei, einen neuen Vertrag abzuschließen. Wie die Meldung der „Daily Mail" weiter besagt, ist man in Kanada im ganzen mit der differentiellen Behandlung Deutschlands einverstanden.

---

* Die **Entsendung eines amerikanischen Panzergeschwaders in die europäischen Gewässer unterbleibt ganz!** Diese Nachricht, die nicht verfehlen wird, auch um des Grundes der Nichtentsendung willen großes Aufsehen zu erregen, übermittelt uns unser Newyorker X-Korrespondent in folgendem Privat-Kabeltelegramm:

Die vielberufene Panzerschiffsexkursion nach den europäischen Gewässern unterbleibt, weil sich von dem gesamten Geschwader nur drei Fahrzeuge, die „Kearsage", die „Alabama" und die „Illinois" als diensttüchtig erwiesen haben.

Es handelt sich um das Geschwader, das Kaiser Wilhelm nach Kiel eingeladen hatte. Wenn der Grund, der für die Nichtentsendung des Geschwaders angegeben wird, tatsächlich der richtige ist, so wäre das eine merkwürdige Illustration zu der Ruhmredigkeit, mit der die Amerikaner dieses Geschwader noch kürzlich dem alten Europa annoncierten. Bekanntlich sollte es den europäischen Mächten ad oculos demonstrieren, wie unvergleichlich groß der Aktionsradius amerikanischer Panzerschiffe ist: Das Geschwader sollte, ohne Kohlen einzunehmen, in den portugiesischen Gewässern taktische Uebungen vornehmen und dann nach Amerika zurückdampfen.

---

* Teile und herrsche! denkt die **Reaktion** und wirft den Erisapfel unter die **freisinnigen Parteien.** Im Wahlbüchlein zur Reichstagswahl 1903, das der Vorstand der deutschen konservativen Partei herausgegeben hat, wird die brave Volkspartei gegen die unartige Vereinigung und die noch schlimmeren Nationalsozialen ausgespielt. Die reaktionäre Agitationsschrift führt nämlich aus, daß die freisinnige Vereinigung und die Nationalsozialen von den Konservativen bekämpft werden müssen wie die Sozialdemokraten. Ja in der Agitation sei die freisinnige Vereinigung dadurch noch gefährlicher als die Sozialdemokratie, daß sie in verschiedenen Verkleidungen herumschleiche. Auch die Militär- und Flottenfreundlichkeit der freisinnigen Vereinigung habe zwei Seiten. Denn wenn es sich um Beschaffung der Mittel für bewilligte Ausgaben handle, so seien die Herren um Barth nicht zu haben. — Das alles sind natürlich tendenziöse Verdrehungen, aber es muß doch für die freisinnige Vereinigung ein wohltuendes Gefühl sein, von der Reaktion nicht bloß für den schlimmsten Feind, sondern auch für eine Gefahr angesehen zu werden. Denn wenn eine Partei erst das Lob des Gegners erhält, dann ist es ganz gewiß für sie an der Zeit, gründlich über ihre Fehler nachzudenken. Merkwürdigerweise wird nun in demselben reaktionären „Wahlbüchlein" die freisinnige Volkspartei mit einem Kübel wohlriechenden Lobes übergossen. Es heißt darin nämlich:

„In denjenigen Kreisen, in denen die Entscheidung zwischen einem Kandidaten der freisinnigen Volkspartei gegen einen Sozialdemokraten, Nationalsozialen oder Wadelstrümpler zu treffen ist, wird von konservativer Seite stets für das kandidierende Mitglied der Richterschen Partei einzutreten sein. Die freisinnige Volkspartei ist ein ehrlicher Gegner, von dem man weiß, wen man vor sich hat; er bildet in dieser Hinsicht einen bedeutenden Gegensatz zu der freisinnigen Vereinigung, die mit Hinterlist und unehrlichen Mitteln kämpft. . . . Wir betrachten, im Vergleich zu den übrigen Oppositionsparteien, die Richtersche Gruppe wegen ihrer Haltung gegenüber der Sozialdemokratie als das kleinere Uebel. Die freisinnige Volkspartei hat für die bevorstehenden Wahlen und schon bei der Obstruktionskampagne entschieden und unzweideutig gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen."

Diese Anerkennung von reaktionärer Seite wäre für die freisinnige Volkspartei im höchsten Maße kompromittierend, wenn man nicht zu ihren Gunsten annehmen wollte, das Lob sei unverdient. Tatsächlich denkt ja die Reaktion auch garnicht daran, die obige Parole zu befolgen; erst kürzlich wiesen wir darauf hin, daß die Konservativen selbst in Berlin, wo nur der Kampf zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie in Frage kommt, der freisinnigen Volkspartei durch eigene konservative Kandidaten den Knüppel zwischen die Beine geworfen haben. Man darf deshalb auch wohl von dem gesunden Sinn der freisinnigen Wähler aller Schattierungen annehmen, daß sie die haßerfüllten Angriffe gegen die Vereinigung ebenso richtig einschätzen werden wie die plumpen Schmeicheleien gegen die Volkspartei. Gelänge es der Reaktion, die freisinnigen Wähler durch solche kleinen Kunststückchen zu verhexen, dann könnte sie sich allerdings ins Fäustchen lachen.

---

* Die **konservative Partei ist „antiquiert".** Wer das den liberalen Politikern, die diese Ansicht längst vertreten, bisher nicht glauben wollte, der wird jetzt eines Besseren belehrt durch das gleichlautende Zeugnis eines Mitgliedes der konservativen Partei selbst, und nicht des geringsten. Herr v. Oldenburg-Januschau, der Reichstagskandidat der Agrarier in Elbing-Marienburg, hat in einer Wahlrede, die er dieser Tage in Marienburg hielt, jene Aeußerung ausdrücklich wiederholt, die er vor einigen Monaten im Cirkus Busch tat, und die der konservativen Partei die Existenzberechtigung absprach. Die Konservativen werden also nicht mehr behaupten können, jene Cirkusäußerung sei nur ein lapsus linguae gewesen. Herr v. Oldenburg, der in Marienburg selbst sagte, es sei das Schwerste für ihn, wenn von konservativen Männern seine konservative Gesinnung angezweifelt würde, erklärte gleichwohl die Partei,

## Das abnorme Wetter.

[Nachdruck verboten.]

Professor Rudolf Falb schreibt uns: Das abnorme Verhalten der Witterung, das nun in vorgerückter Frühjahrszeit über ganz Mitteleuropa ausgebreitete und ergiebige Schneefälle, stellenweise verbunden mit orkanähnlichen Stürmen gebracht hat, wird verständlich, wenn wir uns in der Auffassung der atmosphärischen Verhältnisse und Vorgänge auf den Standpunkt stellen, welchen ich im Berliner Tageblatt bereits im vorigen Sommer gelegentlich der damaligen ungewöhnlichen Witterungsvorgänge gekennzeichnet habe. Dort wurde auf die ausnahmsweisen, dem Jahre 1902 und zum Teil auch noch dem laufenden Jahre eigentümlichen Mondstellungen hingewiesen, die eine Neigung der Luft zu aufsteigenden Bewegungen zur Folge hatten. Es ist gesagt worden, daß in jenem Jahre die Zahl der kritischen Termine erster Ordnung das höchstmögliche Maximum 14 und in diesem Jahre 13 erreicht habe. Ein regenreiches und kühles Sommerwetter war die Folge. Ein Wiener Meteorologe hatte aus meiner Mitteilung eiligst den Schluß gezogen, daß der darauf folgende Winter der strengste seit fünfzig Jahren sein werde. Die Anschauung des Verfassers, die auch in seinen Prognosen zum Ausdruck kam, dagegen war, daß der Winter milde sein werde. Und das war tatsächlich der Fall. Doch in der ersten Hälfte des Dezember schien es, als sollte der Wiener Meteorologe recht behalten. Es herrschte 12 Tage lang ein sehr kaltes, mit ausgebreiteten und ergiebigen Schneefällen verbundenes Wetter. Aber der kritische Termin des 15. Dezember, welcher sich durch eine ganz besonders große Mondnähe auszeichnete, machte diesem Zustande ein Ende. Es trat ein plötzlicher Wetterumschlag ein, und der folgende Winter war mit ganz kurzen Ausnahmen warm. Das rauhe Wetter in der ersten Hälfte des Dezember stellte sich somit nur als ein Uebergang vom ungewöhnlichen Sommer zum ungewöhnlichen Winter dar. Da nun aus dem oben angeführten Grunde auch für den Sommer 1903 ein kühles, regenreiches Wetter zu erwarten ist, so konnte man konsequenterweise schon im voraus annehmen, daß auch diesmal der Uebergang nicht minder schroff verlaufen werde. Und es ist nicht zu übersehen, daß der Eintritt der gegenwärtigen abnormen Witterung sich an den 12. April, einem durch eine Mondfinsternis verstärkten kritischen Termin erster Ordnung anschloß. Es ist wahrscheinlich, daß mit dieser Uebergangswitterung die Auflösung kalter Ostwinde beginnt, die den folgenden Sommer beherrschen werden.

* * *

Professor Dr. **Kremser**, Abteilungsvorsteher im königlichen meteorologischen Institut zu Berlin, hatte die Freundlichkeit, sich über die abnorme Witterung der letzten Tage einem unserer Mitarbeiter gegenüber wie folgt zu äußern: „Zweifellos steht die unverhältnismäßige Kälte des diesjährigen April in engstem Zusammenhang damit, daß die Eismassen des Nordpols sich aus nicht näher bekannten Gründen mehr als sonst nach Süden vorgeschoben und schwimmende Eisberge in besonders großer Zahl in den atlantischen Ozean entsandt haben. Bekanntlich haben die zwischen Europa und Nordamerika verkehrenden Dampfer in Rücksicht hierauf den südlicheren Winterkurs einstweilen noch beibehalten. Weiterhin aber sind auf die niedrige Temperatur auch die andauernden Nordwinde von Einfluß. Im Zusammenhang mit der Verschiebung der nordpolaren Eiskräfte bringen sie es zu Wege, daß nicht nur Deutschland, sondern auch südlichere Länder wie Frankreich und Italien unter einem fast aus Rand und Band geratenen April zu leiden haben. Was an der herrschenden Kälte abnorm ist, ist weniger ihre Intensität: wir haben ähnlich kalte Tage in jedem anderen April auch. Wohl aber steht die Dauer der gegenwärtigen Kälteperiode ohne Beispiel da, wenigstens soweit die letzten fünfzig Jahre in Betracht kommen. Ein Vergleich bis zurück zum Jahre 1848 ergibt die auffällige Tatsache, daß die Temperatur im April 1903 um 1,1 bis 6,5 Grade niedriger war als die mittlere Temperatur in allen den Jahren vorher. Die stärksten Differenzen fielen auf die Tage vom 10. bis zum 18. April; nach dem gestrigen Wetterberichte war die Temperatur vom Sonntag, den 19. April, sogar 7,4 Grad unter der normalen. Was nun besonders den ungewöhnlichen Schneesturm vom Sonntag betrifft, so ist seine Grundursache in dem barometrischen Minimum zu sehen, das am Sonnabend südlich der Alpen über Oberitalien stand und von da auf einer den Meteorologen wohlbekannten Zugstraße nach Polen und weiter nach Norden vorrückte. Erscheinen diese Minima im Sommer bei uns, so machen sie sich in Gestalt andauernder Niederschläge, der sogenannten Landregen, bemerkbar. Charakteristisch für sie sind ferner als stete Begleiterscheinung nördliche Winde und relativ geringe Unterschiede des Luftdruckes. Das Minimum, das am Sonnabend von Oberitalien her über Schlesien und Ostpreußen dahinzog, wies dagegen, was die Druckunterschiede anlangt, eine anormale Erscheinung auf: diese Unterschiede waren nämlich sehr hohe. Im Zusammenhang mit den ohnedies vorhandenen Nordwinden bewirkten sie zunächst, daß der Wind zum Sturm wurde; sie ließen ferner die Niederschläge eine ganz ungewöhnliche Ergiebigkeit erreichen. Infolge der anormal kalten Witterung kamen diese Niederschläge dann als Schneemassen zur Erde; sie haben entsprechend dem Wege des Minimums namentlich im Osten Deutschlands Verkehrsstörungen mit sich gebracht, die für April geradezu unerhört sind. Nun noch etwas Tröstliches. Ich bin der Meinung, daß der Sturm und die Schneefälle vom Sonntag eine Krisis bedeuten. Ich glaube in Aussicht stellen zu können, daß wir nunmehr der normalen Temperatur und wärmeren Tagen um so schneller entgegen gehen werden, je anormaler wir vom 1. bis zum 20. April haben frieren müssen."

Möge diese trostvolle Prophezeiung sich erfüllen!